

# Jugendsozialarbeit

→ aktuell

Nummer 224  
Februar 2024

Sehr geehrte Leser\*innen,

vom 06.-09. Juni dieses Jahres sind über 350 Mio. Wahlberechtigte aufgerufen, ihre Stimme zum Europa-Parlament abzugeben. Welche Auswirkungen europäische Politik auf die Lebenssituation benachteiligter junger Menschen in NRW hat, welche Formen der Beteiligung und Unterstützung zur Verfügung stehen und welche programmatischen Ideen die Parteien zur Europa-Wahl entwerfen, werden wir uns in den kommenden Ausgaben von *Jugendsozialarbeit aktuell* etwas genauer anschauen.

Erstmals sind junge Menschen ab 16 Jahren zur Stimmabgabe aufgefordert und können so über die Zukunft Europas mitentscheiden. Sie dürfen das in einer Zeit, in der die politische Auseinandersetzung zunehmend populistisch geführt wird, in der weniger die Argumente als die Personen zählen und rechte nationalistische Kräfte in den einzelnen Staaten stärker an Einfluss gewinnen. Sowohl die aktuellen politischen Debatten und Strömungen, aber auch die derzeitigen Krisen und der Eindruck, dass Europa doch „sehr weit weg“ ist, machen es nicht gerade leichter, überhaupt zur Wahl zu gehen und sich dafür zu entscheiden, wem man seine Stimme gibt.

Diese Europäische Union ist seit über 70 Jahren ein Garant für Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent. Dieses gilt es zu bewahren und zu verteidigen. Wir in der Jugendsozialarbeit sind dazu aufgerufen, „unseren“ Jugendlichen Europa näherzubringen. Damit zukünftige Generationen genauso wie wir in einem sicheren und geeinten Europa leben können.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.



Stefan Ewers  
Geschäftsführer

## Jugendbeteiligung in Europa – nur gut gedacht oder auch gut umgesetzt?

*Roman Sieler*

Eine ernsthafte und bedeutungsvolle Beteiligung junger Menschen, insbesondere solcher mit weniger Chancen, an politischen Prozessen ist nicht nur ein Zeichen lebendiger Demokratie. Sie ist vielmehr zwangsläufig notwendig für eine Gesellschaft, die deren Rechte anerkennt. Sie ermöglicht eine Politikgestaltung, die die Bedarfe junger Menschen und zukünftiger Generationen in den Blick nimmt und damit politische Entscheidungen verbessert. Dies ist besonders wichtig, da das Wahlalter vielerorts noch nicht bedeutend gesenkt wurde, was einen Teil der Gesellschaft praktisch aus der traditionellen politischen Beteiligung ausschließt.

### Die EU-Jugendstrategie

Die EU hat die Bedeutung einer verbesserten Jugendbeteiligung erkannt und legt mit der aktuellen zweiten, EU-Jugendstrategie (2019-27) Eckpunkte politischer Beteiligung fest. Sie zielt darauf ab, Partizipation, Engagement und soziale Inklusion junger Menschen in Europa zu stärken, und will junge Menschen an der Umsetzung der Strategie beteiligen. Dabei soll die Strategie „jungen Menschen ermöglichen, ihr eigenes Leben zu gestalten“, sie ermutigen, sich als EU-Bürger\*innen zu identifizieren, politische Entscheidungen verbessern und Inklusion fördern. Zudem sind Teilhabe, Inklusion sowie Gleichheit und Nichtdiskriminierung als Leitprinzipien angeführt.

Bereits in der Zielerklärung wird allerdings deutlich, dass auf Bereiche abgezielt wird, in denen junge Menschen bereits gut dastehen. So sind sie etwa die Gruppe, die sich am ehesten als EU-Bürger\*innen identifiziert<sup>1</sup>. Im Gegensatz dazu steht reale Beteiligung an politischen Entscheidungen nicht im Fokus - und das, obwohl nur 29 %

Junge Menschen heute sind eine diverse Gruppe, die nicht erst seit Fridays for Future eine starke Kraft für politischen Wandel in der Gesellschaft formt. Deren Interessen und politische Prioritäten betreffen viele zentrale politische Fragen wie Armut und Ungleichheit oder Klimawandel.

der in einer Umfrage von 2021 befragen jungen Menschen zwischen 16-30 Jahren das Gefühl haben, bei wichtigen politischen Entscheidungen eine Stimme auf EU-Ebene zu haben<sup>2</sup>. Junge Menschen sollen an der „Entwicklung, der Umsetzung und der Nachbereitung von sie betreffenden politischen Maßnahmen“ teilhaben. Das bedeutet aber auch, dass die Politikgestaltung im weiteren Sinne nicht mit gemeint ist und dass ein impliziter Fokus auf Jugendbeteiligung nur im Kontext der Strategie und ihrer Umsetzung gesetzt wird.

Es ist jedoch wichtig, junge Menschen heute nicht mehr als reine Interessengruppe mit Fokus darauf, was man im jeweiligen Kontext als für junge Menschen relevant definiert, zu sehen. Sie sind eine diverse Gruppe, die nicht erst seit Fridays for Future eine starke Kraft für politischen Wandel in der Gesellschaft formt. Die Interessen und politischen Prioritäten junger Menschen betreffen viele zentrale politische Fragen wie Armut und Ungleichheit oder Klimawandel<sup>2</sup> - daher muss Jugendpolitik heute als Querschnittspolitik verstanden werden. Das gilt insbesondere für benachteiligte Jugendliche, deren Bedürfnisse oft eine Vielzahl von politischen und gesellschaftlichen Bereichen betreffen.

### **EU-Jugenddialog**

Zentrales Instrument der EU-Strategie ist der EU-Jugenddialog, der junge Menschen stärker in Entscheidungsprozesse einbinden und ihre politische Teilhabe fördern soll. Er baut auf dem vorhergehenden strukturierten Dialog auf, der etwa in die Entwicklung der Europäischen Jugendziele eingeflossen ist. Er findet in 18-Monats Zyklen statt, die jeweils von den drei jeweiligen Ratspräsidenten implementiert werden. Die Einbindung der Zivilgesellschaft in Form des Europäischen Jugendforums und der nationalen Jugendringe ist dabei sehr zu begrüßen, da es einer breiten Gruppe von jungen Menschen Mitsprache einräumt. Die Mitgliedsstaaten sind etwa aufgerufen, der nationalen Jugendvertretung eine führende Rolle in der nationalen Arbeitsgruppe einzuräumen.

Die Vorfeldstruktur des Dialogs besteht aus einem breit angelegten Prozess mit nationalen Aktivitäten und Konsultationen. Diese gipfeln drei Mal pro Zyklus in aufein-

ander aufbauenden EU-Jugendkonferenzen. Dort treffen sich nationale Jugenddelegierte, die sich im Rahmen der nationalen Aktivitäten mit den Wünschen und Sorgen der Jugendlichen in ihrem jeweiligen Land vertraut gemacht haben, Vertreter\*innen von Jugendorganisationen und politische Entscheidungsträger\*innen. An mehreren Tagen finden Workshops und Gespräche zu vorher bestimmten Oberthemen statt, die zusammengefasst werden und zudem in politischen Empfehlungen u.a. für den Rat der Europäischen Union resultieren.

### **EU-Jugendkonferenzen in der Praxis**

Die Qualität dieser Konferenzen hängt dabei stark vom implementierenden Land ab. Oftmals bleiben Diskussionen etwa wegen der Zeitbegrenzung oder nicht ideal vorbereiteter Programmpunkte oberflächlich und Ergebnisse damit wenig innovativ. Zudem ist die Vorgabe von Themen oftmals eine Herausforderung, da (anwesende) junge Menschen nicht immer die vorgegebenen Prioritäten teilen. Generell ist anzumerken, dass der Aufwand, der im Vorfeld der Konferenzen betrieben wird, mit den Konferenzen selbst und mit dem, was als Ergebnis ersichtlich ist, in keinem Verhältnis steht. Die Reichhaltigkeit der Informationen kann durch die gegebenen Limitationen auf den Konferenzen oft nicht abgebildet werden und wird stark gefiltert. Das birgt das Risiko, dass insbesondere die Sichtweisen benachteiligter junger Menschen auf der Strecke bleiben, auch wenn der Prozess von Forscher\*innen begleitet wird, was der Sichtbarkeit zuträglich sein kann.

Daher ist es in der Praxis oftmals so, dass Kontakt zu anwesenden Politiker\*innen, dessen Rolle ebenfalls stark variiert, das praktisch relevanteste Beteiligungstool darstellt. Das ist allerdings das Tool, das politisch engagierten Jugendlichen auch in ihrem Alltag am ehesten zur Verfügung steht. Zudem hängt die Wirksamkeit hier stark an der individuellen Person und an der eingeschränkten Auswahl an Forderungen, die thematisiert werden. Für benachteiligte Jugendliche bedeutet das eine noch höhere Hürde. Dies wird durch das generelle Problem verstärkt, dass diese Jugendlichen oft nicht von solchen Möglichkeiten erfahren. Dadurch sind die nationalen Jugenddelegierten tendenziell eher privilegiert, da nur politisch interessierte und gut gebildete junge Menschen – im Falle einiger Länder auch nur politisch gut vernetz-

te – Zugang bekommen. Daher sind es in der Praxis oftmals privilegierte junge Menschen, die politische Prioritäten setzen. Dasselbe gilt zu einem gewissen Maß auch für die teilnehmenden Jugendverbände. Die Einbindung von Verbänden mit bestimmten Fokussetzungen kann allerdings die Sichtbarkeit von benachteiligten Gruppen deutlich erhöhen. Diese Herausforderungen sind für Jugendbeteiligungsformate nichts Neues und einzelne Ratspräsidentenschaften sowie für die Auswahl der Jugenddelegierten zuständige Jugendringe oder andere nationale Stellen haben Schritte unternommen, diese Probleme zumindest zu reduzieren.

### Konkrete Herausforderungen

Eine größere Herausforderung besteht in dem politischen Follow-up nach den Konferenzen. Für Teilnehmende ist während der Konferenzen oft nicht ersichtlich, was mit den finalen Reporten geschieht oder inwiefern diese in politische Entscheidungen einfließen. Dieses Problem spiegelt sich auch in der Position des Europäischen Jugendforums wieder, das nicht nur zu klaren Bekenntnissen von politischen Entscheidungsträger\*innen zum Jugenddialog aufruft, sondern auch einen verbesserten Follow-up nach jedem Zyklus einfordert. Dieser sollte zudem zeitnah regelmäßiges konkretes Feedback beinhalten und sichtbare politische Folgen auf verschiedenen Ebenen nach sich ziehen<sup>3</sup>.

Eine weitere Herausforderung ergibt sich daraus, dass der Jugenddialog bei Jugendlichen größtenteils unbekannt ist. Laut einer Eurobarometerstudie aus 2022 wissen nur 13 % der jungen Menschen in Europa, dass der Dialog existiert<sup>4</sup>. In derselben Studie meinten auch nur 15 %, dass der Dialog unter den effektivsten Aktivitäten sei, um die Stimme junger Menschen hörbar zu machen – auf einer Ebene mit Produktboykotten, die sicherlich nicht zu den sichtbarsten Formen politischen Engagements gehören.

Was den EU-Jugenddialog angeht, lässt sich daher sagen, dass das Instrument selbst wichtig ist und das Potenzial bietet, durch Konsultationen und nationale Aktivitäten eine relativ breite Menge an jungen Menschen zu erreichen. Zudem zeigt die Einbindung der Zivilgesellschaft – sofern diese im jeweiligen Land wirklich unabhängig ist – einen Willen der EU, Beteiligung im Rahmen des Prozesses zu verbessern. Um den Dialog aber wirklich bedeutungsvoll zu machen, müsste

der Prozess von jungen Menschen gestaltet werden und eine direktere und transparentere Anbindung an Entscheidungsprozesse bekommen. Insbesondere in Bezug auf Ersteres wäre auch ein stärkerer Fokus auf benachteiligte junge Menschen auf allen Ebenen des Dialoges wichtig, der zudem überall gleichermaßen umgesetzt wird und nicht von nationalen Umständen abhängig ist.

### Weitere Beteiligungsformate in der EU

Neben dem Jugenddialog gibt es weitere Beteiligungsformate. Dazu gehört etwa das Europäische Jugendevent, bei dem junge Menschen zusammenkommen, um Ideen für die Zukunft Europas zu sammeln und mit Entscheidungsträger\*innen zu diskutieren. Im Rahmen der Europäischen Jugendanhörung können junge Menschen zudem die beliebtesten Ideen Abgeordneten direkt vorstellen. Die Ergebnisse der Veranstaltung werden dem Europäischen Parlament vorgelegt und können so politische Entscheidungen beeinflussen. Im Rahmen des 5. Jugendevents in 2023 trafen sich 8.500 junge Menschen in Straßburg, zudem wurden Ideen vorab auch online gesammelt<sup>5</sup>. Die Möglichkeit des Online-Engagements sowie die generell kostenlose Teilnahme, Fördermöglichkeiten und die Berücksichtigung verschiedener Sprachen macht die Veranstaltung generell relativ zugänglich. Auch hier handelt es sich aber nicht um einen ganzheitlich partizipativen Prozess, sondern um eine Einzelveranstaltung mit nur indirekter politischer Anbindung. Eine Herausforderung dürfte zudem darin bestehen, benachteiligte Jugendliche mit der Information zu erreichen. Laut der oben zitierten Eurobarometerstudie aus 2022 haben aber zumindest 16 % von der Veranstaltung gehört, was besser ist als beim EU-Jugenddialog.

Weitere Beteiligungsformate werden über verschiedene Kanäle angeboten. So gibt es etwa eine Reihe von Jugenddelegiertenprogrammen, auch im Rahmen der Vereinten Nationen, oder die Europäischen Jugendwochen, die von der Europäischen Kommission veranstaltet werden und eine Reihe lokaler Veranstaltungen einschließen. Beide Formate sind aber ebenfalls keine kontinuierlichen und unter Partizipation junger Menschen entwickelten Prozesse und haben wiederum das Problem, dass sie vor allem bereits privilegierte und engagierte junge Menschen zu erreichen.

### Beteiligung jenseits der EU-Institutionen

Außerhalb des EU-Kontextes gibt es zudem die Co-Managementstruktur des Europarates, bei

Eine der Herausforderung besteht in dem politischen Follow-up nach den Konferenzen. Für Teilnehmende ist oft nicht ersichtlich, was mit den finalen Reporten geschieht oder inwiefern diese in politische Entscheidungen einfließen. Notwendig ist hier ein verbesserter Follow-up nach jedem Zyklus, der zeitnah regelmäßiges konkretes Feedback beinhaltet und sichtbare politische Folgen auf verschiedenen Ebenen nach sich zieht.

dem Jugendvertreter\*innen und nationale Regierungsvertreter\*innen im gemeinsamen Jugendrat gleichberechtigtes Stimmrecht haben. Auch wenn diese Struktur vom Europäischen Jugendforum als gutes Beispiel hervorgehoben wird<sup>3</sup>, beschränkt sich die Mitbestimmung auch hier nur auf einen eingeschränkten Bereich – dafür ist aber reale Entscheidungsmacht an die Jugendvertreter\*innen übertragen, was in den anderen Kontexten nicht der Fall ist. Durch die hohe Stellung des Rates ist der direkte Zugang für benachteiligte junge Menschen auch hier beschränkt. Die direkte Beteiligung des Europäischen Jugendforums erlaubt allerdings eine demokratische und partizipative Formulierung von politischen Prioritäten.

### Rolle von Beteiligungsformaten in Europa

Grundsätzlich lässt sich also sagen, dass es auf Europäischer Ebene, besonders im EU-Kontext, eine Reihe von Beteiligungsformaten für junge Menschen gibt, bei denen es in der Regel auch besondere Berücksichtigungen und Fördermöglichkeiten für benachteiligte junge Menschen gibt. Die Einbindung der jungen Zivilgesellschaft verbessert diese Prozesse zudem. Alle hier diskutierten Formate stehen jedoch drei zentralen Herausforderungen gegenüber: Zunächst werden benachteiligte junge Menschen nicht gut genug erreicht. Auch wenn der Einsatz von digitalen Methoden, Fördermöglichkeiten und die Einbindung der Zivilgesellschaft hier helfen können, werden überwiegend gut informierte, engagierte und eher privilegierte junge Menschen eingebunden. Die zweite Herausforderung ist die Anbindung an politische Prozesse, die für junge Menschen, die Teil der hier beschriebenen Formate sind, oftmals undurchsichtig sind. Im Regelfall werden die Ergebnisse in Reporten zusammengefasst, bei denen unklar ist, ob und inwiefern sie tatsächlich genutzt werden, um politische Entscheidungen zu formen. Das dritte und tiefgreifendste Problem ist allerdings der Fokus auf von oben vorgegebene Formate, die größtenteils Veranstaltungsschakter haben. Hier muss es einen generellen Wandel weg von einzelnen Veranstaltungen, hin zu einem strukturierten und von jungen Menschen selbst gestalteten Prozess geben.

### Bedeutung der Jugendverbände

Jenseits solcher Beteiligungsformate ist es zudem zentral, die fundamentale Rolle selbstorganisierter Jugendverbände anzuerkennen. Die Verbände sind als selbstorganisierte junge Zivilgesellschaft nicht nur für die bestehenden Prozesse relevant, sondern spielen eine fundamentale Rolle, indem sie jungen Menschen Gelegenheiten und Räume geben, sich

politisch einzusetzen. Insbesondere im Bereich der internationalen Zusammenarbeit stehen Jugendverbände aber zunehmend unter Druck, etwa durch höhere Belastungen für junge Menschen, die das Ehrenamt einschränken, gestiegene Kosten und mangelnde politische Unterstützung<sup>6</sup>. Außerdem werden zivilgesellschaftliche Räume auch innerhalb Europas immer stärker eingeschränkt<sup>7</sup>.

### Was kann getan werden?

Deutschland und NRW haben eine Reihe von Möglichkeiten, Jugendbeteiligung in Europa zu verbessern. In Bezug auf selbstorganisierte Jugendarbeit können beide ihre Unterstützung, insbesondere der internationalen Jugendarbeit, sowohl in finanzieller als auch in politischer Sicht ausbauen. In Bezug auf die etablierten Beteiligungsformate können beide in den Vorfeldprozessen aktiv werden und die Einbindung benachteiligter Jugendlicher in den angesprochenen Formaten verbessern. Zudem kann sich insbesondere die Bundesregierung für einen gestärkten und partizipativeren Jugenddialog einsetzen und im Rahmen der Novelle der EU-Jugendstrategie, die demnächst ansteht, für eine verbesserte und konkrete Anbindung an politische Prozesse einstehen. Darüber hinaus sollten die aus diesen Veranstaltungen entstandenen Berichte, die die Wünsche und Ideen vieler junger Menschen enthalten, konkret von politischen Entscheidungsträger\*innen auf allen Ebenen aufgegriffen werden, damit sichergestellt wird, dass die harte Arbeit von jungen Menschen nicht in der Schublade verschwindet, sondern politische Prozesse verbessern kann.

*Roman Eric Sieler ist ehemaliger Europavorstand von FIMAP und unterstützt heute die internationale politische Arbeit des Verbands, schwerpunktmäßig im Bereich internationaler Klimapolitik. Er promoviert zudem an der Universität Basel zu klimapolitischen Fragen.*

#### Quellennachweis:

<sup>1</sup> Flash-Eurobarometer 528 Staatsbürgerschaft und Demokratie - 2023, Ipsos European Public Affairs

<sup>2</sup> Report European Parliament Youth Survey – 2021, European Union

<sup>3</sup> Policy Library Youth Participation, European Youth Forum

<sup>4</sup> Youth and Democracy in the European Year of Youth – Report, European Union

<sup>5</sup> Bericht über die Ideen der Jugend 2023, Europäisches Parlament

<sup>6</sup> Deutscher Bundesjugendring, Europäische und internationale Jugendarbeit endlich absichern, <https://www.dbjr.de/artikel/europaeische-und-internationale-jugendarbeit-endlich-absichern>

<sup>7</sup> Youth Progress Index - Youth Progress and Civic Space 2023, European Youth Forum

#### IMPRESSUM

jugendsozialarbeit aktuell  
c/o LAG KJS NRW  
Kleine Spitzengasse 2 - 4  
50676 Köln  
E-MAIL: [aktuell@jugendsozialarbeit.info](mailto:aktuell@jugendsozialarbeit.info)  
WEB: [www.jugendsozialarbeit.info](http://www.jugendsozialarbeit.info)

jugendsozialarbeit aktuell (Print)  
ISSN 1864-1911  
jugendsozialarbeit aktuell (Internet)  
ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers  
REDAKTION: Franziska Schulz  
DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln

